

Dr. Martina Peucker

Exklusivinformation und freie Berichterstattung

Der Schutz der Medienfreiheiten gegen rechtsgeschäftliche
Beschränkungen des Informationszugangs



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsübersicht

ERSTES KAPITEL: PRAXIS UND PROBLEMATIK VON EXKLUSIVVEREINBARUNGEN	19
I. Beispiel	20
II. Wirkung und Bedeutung des Exklusivvertrages	27
III. Die „öffentliche Aufgabe“ der Medien	35
IV. Expositionen der rechtlichen Problematik	51
ZWEITES KAPITEL: GEWÄHRLEISTUNG DES FREIEN INFORMATIONSZUGANGS DURCH GESETZ	53
I. Die Vertragsfreiheit und ihre privatrechtlichen Schranken	53
II. Wettbewerbsrecht	65
III. Presse- und Rundfunkrecht	85
IV. Versammlungsrecht	94
V. Zusammenfassung	94
DRITTES KAPITEL: DIE PRESSEFREIHEIT UND DIE FREIHEIT DER BERICHTERSTATTUNG DURCH RUNDFUNK	96
I. Die Informationsfreiheit bei allgemein zugänglichen Quellen	96
II. Die aus den Medienfreiheiten abzuleitende Schutzpflicht des Staates, den freien Informationszugang zu gewährleisten	100
III. Sicherung des freien Informationszugangs durch Richterspruch	125
IV. Die Wahrung der Rechte und Freiheiten Dritter gegenüber dem Informationsinteresse der Medien	131

VIERTES KAPITEL: GEWÄHRLEISTUNG DES FREIEN INFORMATIONSZUGANGS DURCH DAS GEMEINSCHAFTSRECHT	148
I. Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts für Exklusivvereinbarungen	148
II. Wettbewerbsregeln	148
III. Europäische Grundrechte	168
IV. Zusammenfassung	177
ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSS	179
LITERATURVERZEICHNIS	181

Inhaltsverzeichnis

ERSTES KAPITEL: PRAXIS UND PROBLEMATIK VON EXKLUSIVVEREINBARUNGEN	19
I. Beispiel	20
1. Exklusivvereinbarungen mit Erlebnisträgern	21
a) Vera Brühne	21
b) Der Fall Flade	22
c) Lengede	22
d) Julius Steiner	23
e) Weimar/Böttcher	24
2. Das exklusive Zutrittsrecht zu Veranstaltungen	25
II. Wirkung und Bedeutung des Exklusivvertrages	27
1. Die rechtliche Konstruktion von Exklusivvereinbarungen	27
a) Exklusivvereinbarungen mit Erlebnisträgern	27
b) Die rechtliche Einordnung des Zutrittsrechts zu Veranstaltungen	28
2. Die Wirkungen der Exklusivklausel bei anderweitiger Beschaffung der Information und deren Veröffentlichung durch Dritte	30
3. Die Wirkungen der Exklusivklausel bei Veröffentlichung Dritter durch Vertragsbruch des Exklusivinformanten	30
4. Die Wirkungen der Exklusivklausel bei Veröffentlichung Dritter ohne Einwilligung des Exklusivinformanten	31
a) Das Entnahmerecht für Zeitungsartikel und Rundfunk- Kommentare gemäß § 49 UrhG	32
b) Die Erleichterung der Bild- und Tonberichterstattung gemäß § 50 UrhG	34
c) Das Zitierrecht gemäß § 51 UrhG	34
III. Die „öffentliche Aufgabe“ der Medien	35

1. Die öffentliche Aufgabe der Presse	35
a) Die öffentliche Aufgabe der Presse im Sinne einer wertbezogenen Reduzierung des Grundrechtsschutzes	36
aa) Die restriktive Auslegung des Schutzbereiches der Pressefreiheit	36
bb) Die inhaltliche Bewertung von Publikationen bei der Abwägung der Schutzgüter im Rahmen von Art. 5 II GG 38	
b) Publizitätsentfaltung als öffentliche Aufgabe der Presse	38
aa) Die Konstituierung eines öffentlichen Meinungsmarktes	40
bb) Die Konstituierung eines politischen Forums	40
c) Kritik an der herrschenden Meinung	41
2. Die öffentliche Aufgabe des Rundfunks	42
a) Der klassische Auftrag des Rundfunks	43
b) Die öffentliche Aufgabe des privaten Rundfunks	46
c) Die Stellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen System	48
3. Die Exklusivvereinbarung – Gefährdung oder Erfüllung der öffentlichen Aufgabe	50
IV. Expositionen der rechtlichen Problematik	51
ZWEITES KAPITEL: GEWÄHRLEISTUNG DES FREIEN INFORMATIONSZUGANGS DURCH GESETZ	53
I. Die Vertragsfreiheit und ihre privatrechtlichen Schranken	53
1. Die Vertragsfreiheit als normativ konstituierte Freiheit	53
2. Der Kontrahierungszwang für Veranstalter	55
a) Die Gewährung von Zutrittsrechten gemäß § 823 BGB	57
b) Die Gewährung von Zutrittsrechten gemäß § 826 BGB	57
3. Die Nichtigkeitsfolge gemäß § 138 BGB bei Verträgen mit Erlebnisträgern	60

a)	Kommerzialisierung der Persönlichkeit	61
b)	Eingriff in Persönlichkeitsrechte Dritter	61
c)	Knebelung	62
d)	Nichtigkeit aufgrund der Exklusivität	63
II.	Wettbewerbsrecht	65
1.	Der Anspruch auf Unterlassung und Schadensersatz gemäß § 1 UWG	65
2.	Die Anwendbarkeit kartellrechtlicher Vorschriften	66
a)	Die Anwendbarkeit des GWB im Bereich der Presse	66
b)	Die Anwendbarkeit des GWB im Bereich des Rundfunks	67
3.	Die Einordnung von Exklusivvereinbarungen als Ausschließlichkeitsbindungen im Sinne des § 16 Nr. 2 GWB und die rechtlichen Konsequenzen, insbesondere im Rahmen der §§ 19 IV Nr.1 und 20 I GWB.	69
a)	Ausschließlichkeitsbindungen im GWB	69
b)	Normadressaten	70
aa)	Unternehmen im Sinne des GWB	70
(1)	<i>Privatrechtliche Vertragsparteien: Veranstalter, Presse und privater Rundfunk</i>	71
(2)	<i>Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten als Unternehmen</i>	71
bb)	Stellung des Unternehmens auf dem relevanten Markt	72
c)	Exklusivvereinbarungen über die Gewährung von exklusiven Zutrittsrechten als Ausschließlichkeitsvereinbarung	73
aa)	Vertragsgegenstand: Waren oder gewerbliche Leistungen	73
bb)	Beschränkung für künftiges wirtschaftliches Handeln	74
(1)	<i>Urheberrechtlich relevante Exklusivrechte</i>	74
(2)	<i>Urheberrechtlich nicht relevante Exklusivrechte</i>	74
d)	Die Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch Exklusivvereinbarungen	75
aa)	Wettbewerbsbeeinträchtigung	76
bb)	Wesentlichkeit	76

cc) Sachlich relevanter Markt	77
e) Rechtfertigung der Beeinträchtigung: Interessenabwägung	78
f) Kartellrechtliche und zivilrechtliche Sanktionen	80
g) Konkurrenzen	81
aa) Das Verhältnis von § 16 GWB zu § 20 GWB	81
bb) Das Verhältnis von § 16 GWB zu § 19 GWB	81
cc) Das Verhältnis von § 19 GWB zu § 20 GWB	81
4. Die Verweigerung des Zugangs zu Netzen und anderen Infrastruktureinrichtungen gemäß § 19 IV Nr. 4 GWB durch die vertragliche Gewährung exklusiver Informationen oder Zutrittsrechte	82
a) Geschichte der Vorschrift	83
b) Exklusivvereinbarungen über Informationen und Zutrittsrechte als Netze oder andere Infrastruktureinrichtungen im Sinne des § 19 IV Nr. 4 GWB	83
III. Presse- und Rundfunkrecht	85
1. Die Richtlinie 1.1. des Deutschen Presserates	85
2. Landespresserecht	86
a) Der Informationsanspruch aus § 4 LPG	86
b) Das Zutrittsrecht der Presse	87
3. Fernsehkurzberichterstattung	88
4. Kurzberichterstattung im Hörfunk?	90
5. Das Recht auf Übertragung von Großereignissen	92
IV. Versammlungsrecht	94
V. Zusammenfassung	94
DRITTES KAPITEL: DIE PRESSEFREIHEIT UND DIE FREIHEIT DER BERICHTERSTATTUNG DURCH RUNDFUNK	96
I. Die Informationsfreiheit bei allgemein zugänglichen Quellen	96
1. Schutzbereich	97

2. Ergebnis	100
II. Die aus den Medienfreiheiten abzuleitende Schutzpflicht des Staates, den freien Informationszugang zu gewährleisten	100
1. Der Schutz des Informationszugangs durch Presse- und Rundfunkfreiheit	101
a) Der Pressebegriff des Grundgesetzes	101
b) Der Rundfunkbegriff des Grundgesetzes	102
c) Informationsbeschaffung als geschütztes Verhalten	104
2. Art. 5 I 2 GG als verfassungsunmittelbarer Informationsanspruch	104
a) Der Informationsanspruch gegenüber Erlebnisträgern	105
b) Der Informationsanspruch gegenüber Veranstaltern	105
c) Der Informationsanspruch gegenüber dem Staat	106
3. Mittelbare Drittwirkung und gesetzgeberische Handlungspflichten als Ausfluss der Medienfreiheiten	108
a) Die Sicherung des Informationszugangs durch Grundrechtsausgestaltung	108
b) Die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten als dogmatische Grundlage von Drittwirkung und gesetzgeberischen Handlungspflichten	111
aa) Die Herleitung der Schutzpflichten	111
bb) Die Realisierung der Schutzpflichten	114
c) Gewährleistung des Informationszugangs durch mittelbare Drittwirkung	115
d) Gesetzgeberische Handlungspflichten zur Gewährleistung des Informationszugangs	117
aa) Das Erfordernis gesetzgeberischen Handelns	118
bb) Anforderungen an die Rechtmäßigkeit	119
cc) Das subjektive Recht auf gesetzlich gewährleisteten Informationszugang	122
4. Zusammenfassung	124

III. Sicherung des freien Informationszugangs durch Richterspruch	125
1. Der Zugang zu Informationen von Erlebnisträgern	125
a) Die von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien für die Unwirksamkeit von Exklusivvereinbarungen mit Erlebnisträgern	125
b) Kritik an der Rechtsprechung	128
2. Die gerichtliche Geltendmachung des Kurzberichterstattungsrechts	129
IV. Die Wahrung der Rechte und Freiheiten Dritter gegenüber dem Informationsinteresse der Medien	131
1. Entgegenstehende Rechte der Erlebnisträger	132
a) Die Vertragsfreiheit als geschützte Position im Sinne von Art. 2 I GG	132
b) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als geschützte Position im Sinne von Art. 2 I GG	133
c) Das Urheberrecht als geschützte Position im Sinne von Art. 14 Abs. 1 GG	136
aa) Urheberrechtsschutzfähigkeit	137
(1) <i>Tatsachenangaben, Mitteilung von Geschehensabläufen</i>	137
(2) <i>Interviews</i>	137
(3) <i>Tagebuchaufzeichnungen, Briefe</i>	138
(4) <i>Fotografien</i>	138
(5) <i>Lebensbilder</i>	138
bb) Interessenabwägung	138
2. Entgegenstehende Rechte der Akteure: Die Verletzung des Rechts am eigenen Bild als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, Art. 2 I i. V.m. Art. 1 I GG	140
3. Entgegenstehende Rechte der Veranstalter	142
a) Die Verletzung des Eigentums, Art. 14 GG	142
b) Die Verletzung der Berufsfreiheit, Art. 12 I GG	143
c) Die Verletzung des Rechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung der Veranstalter, Art. 13 I GG	145

4. Entgegenstehende Rechte der Exklusivrechteinhaber	146
a) Die Verletzung der Freiheit der durch Exklusivvereinbarungen privilegierten Medien, Art. 5 I 2 GG	146
b) Die Verletzung der Berufsfreiheit der privilegierten Medien, Art. 12 GG	147
VIERTES KAPITEL: GEWÄHRLEISTUNG DES FREIEN INFORMATIONSZUGANGS DURCH DAS GEMEINSCHAFTSRECHT	148
I. Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts für Exklusivvereinbarungen	148
II. Wettbewerbsregeln	148
1. Zwischenstaatlichkeitsklausel	148
2. Unternehmen	149
3. Vereinbarungen über exklusive Zutrittsrechte als Ausschließlichkeitsbindungen im Sinne des Art. 81 EGV	150
4. Die „essential facilities doctrine“	151
a) Die „essential facilities doctrine“ im amerikanischen Recht	151
b) Die Entscheidung Associated Press (AP) gegen die Vereinigten Staaten	153
c) Die Anwendung der „essential facilities doctrine“ im Rahmen des Art. 82 EGV	155
d) Das Magill-Urteil des EuGH	157
5. Die Einordnung von Exklusivvereinbarungen über Informationen und Zutrittsrechte als Verweigerung des Zugangs zu wesentlichen Einrichtungen im Sinne des Art. 82 EGV mit der Folge eines Kontrahierungszwangs	159
a) Die beherrschende Stellung	159
aa) Informationen und Zutrittsrechte als Einrichtung	160
bb) Wesentlichkeit	161
cc) Gemeinsamer Markt oder wesentlicher Teil desselben	162
b) Die missbräuchliche Ausnutzung einer beherrschenden Stellung	162

aa) Auswirkungen auf den Wettbewerb	163
bb) Rechtfertigungsgründe	164
c) Die Bedingungen der Zugangsgewährung	164
d) Verhältnis zu Art. 81 EGV	165
6. Das Verhältnis zwischen Gemeinschaftskartellrecht und nationalem Kartellrecht	165
a) Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts	165
b) Gegenüberstellung der Lösungen nach deutschem Kartellrecht und nach Gemeinschaftsrecht	166
c) Die Kompetenzzuweisung an das Bundeskartellamt und an deutsche Gerichte	168
III. Europäische Grundrechte	168
1. Der doppelte Grundrechtsschutz in der Europäischen Union	168
2. Die Quellen des europäischen Grundrechts der Meinungsäußerungsfreiheit	170
3. Das europäische Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit als Maßstab für die Bewertung von Exklusivvereinbarungen	172
a) Die Informationsfreiheit als Bestandteil des europäischen Grundrechts der Meinungsäußerungsfreiheit	172
aa) Das Recht auf Freiheit zum Empfang von Nachrichten oder Ideen	172
bb) Die Meinungsbildungsfreiheit	173
b) Der objektivrechtliche Gehalt des europäischen Grundrechts der Informationsfreiheit in Gestalt eines Pluralismusprinzips	173
aa) Der objektivrechtliche Gehalt des Art. 10 EMRK	174
bb) Das Pluralismusprinzip als Bestandteil des europäischen Grundrechts der Informationsfreiheit	174
cc) Die Herleitung staatlicher Handlungspflichten aus dem Pluralismusprinzip	175
c) Die Vereinbarkeit von Exklusivvereinbarungen mit dem europäischen Grundrecht der Informationsfreiheit	176
IV. Zusammenfassung	177

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSS	179
LITERATURVERZEICHNIS	181